

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Friest, 13. Okt. Die Levante-Post überbringt Nachrichten aus Athen vom 7. d. M. Eine dort eingetroffene Depesche Lord Russell's erklärt, daß England in Griechenland keine englische Partei anerkennen und daß es jede Demonstration zu Gunsten Englands verdamme. Möglicherweise werde England im Einverständnis mit Frankreich und Rußland wirksame Maßregeln zur Befestigung der Ordnung und der neuen Dynastie treffen.

Die Nachrichten aus Konstantinopel reichen bis zum 8. d. Haider Effendi war dorthin von Tunis zurückgekehrt. Kolona soll zum Freilassen erklärt werden.

Preußen.

Berlin, 13. Okt. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Kreisgericht-Sekretär und Kanzlei-Director, Kanzlei-Rath Schimming zu Marienwerder und dem Steuereinschreiber van Alde zu Clarenbeck im Kreise Clebe den rothen Adlerorden 4. Klasse, so wie dem Gerichtsschützen Gottfried Reichelt zu Fribeln im Kreise Bries das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der Rechtsanwalt und Notar v. François zu Hoyerwerda ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Guben, mit Anweisung seines Wohnsitzes dorthin, versetzt worden. — Der Notariats-Candidat Ruch in Cudenberg, Kreis Rheinbach, ist zum Notar für den Friedensgerichts-Bezirk Brühl, im Landgerichts-Bezirk Erier, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Brühl, ernannt worden.

Berlin, 13. Okt. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Kaufmann Jean Marie Comte zu Magdeburg die Erlaubnis zur Anlegung des von des Kaisers der Franzosen Maj. ihm verliehenen Ritterkreuzes des Ordens der Ehrenlegion zu erteilen.

Berlin, 13. Okt. [Die Reise des Königs.] — Die Zollvereinsverträge. Ueber die Reise des Königs steht jetzt fest, daß er am 14. von Baden abreisen, in Darmstadt den Kaiser und die Kaiserin von Rußland besuchen und am 15. d. in Potsdam wieder eintreffen wird; der Kaiser wird dann wahrscheinlich am 18. d. in Berlin eintreffen und einige Tage hier verweilen. — Gestern sind hier die Zollvereinsverträge von den bisher noch vermifft gewesenen Staaten unterzeichnet worden. Die Ratification wird binnen 4 Wochen erfolgen und sowie sie erfolgt ist, werden die Verhandlungen des Zollvereins mit Oesterreich und Preußen mit Frankreich wegen einiger Änderungen im Tarif wieder aufgenommen werden. Sind diese Verhandlungen zum Abschluß gekommen, so wird der Gewährung des bayerischen Wunsches, die sämtlichen Vertrags-Instrumente zu einem großen Ganzen zusammenzustellen, nichts mehr im Wege stehen. Es versteht sich von selbst, daß der Beitritt Baierns, Württemberg, Darmstadt und Nassaus in derselben Weise, wie die der anderen Staaten erfolgt ist, d. h., daß sie sich einfach zur Annahme des französischen Handelsvertrages verpflichten.

[Innere Politik.] Die Nachrichten von Nichtbestätigungen städtischer Wahlen häufen sich jetzt aus großen wie aus kleinen Städten in einer noch in keiner früheren Zeit erlebten Weise. Das höchste Erlaunen ruft aber die Nichtbestätigung des Consuls Oppenheim in Königsberg in Pr. hervor, der zum Mitgliede des königl. Kammer- und Admirals-Collegiums von der Kaufmannschaft präsentirt war. Da derselbe in diesem Collegium durchaus keine Angelegenheiten, die mit der Politik resp. mit Parteiverhältnissen zusammenhängen, zu betreiben hat, so ist das Erlaunen selbst nach den Erfahrungen bei den Communal-Wahlen wohl erklärlich. Das Vorschermamt der Kaufmannschaft hat ihn jetzt wiederholt als den geeignetsten Vertreter bei jenem Collegium präsentirt.

[Nichtbestätigung.] In Behrent wurde vor einigen Monaten der Kaufmann und Stadtverordneten-Vorsitzer v. Kleinschmidt zum Stadtkämmerer erwählt. Die königliche Regierung hat dieser Wahl die Bestätigung versagt. Die Kämmererkassen-Geschäfte werden nun commissarisch durch einen Regierungs-Supernumerarius bis zur anderweitigen Wahl und Bestätigung eines Stadtkämmerers verwaltet.

[Der deutsche Admiral-Staat.] Hannover hat wieder einen Schritt zum deutschen Admiral-Staat gethan. Es hat die Privatreisungsschule zu Blumenthal zu einer Staatsanstalt erhoben.

[Wuchergesetz.] Das Vorsteheramt der königsberger Kaufmannschaft hat an den Handelsminister ein dringendes Gesuch um Abschaffung der Wuchergesetze gerichtet und dasselbe abschriftlich andern Handelsvorständen mitgeteilt.

Staatsgerichtshof (Polenprozeß).

Sitzung vom 13. Oktober. Präsident Büchtemann eröffnet die Sitzung gleich nach 9 Uhr.

Es wird zum Verhör des Angeklagten Gutsbesitzer Julian Mittelstädt aus Ranowo geladen. Der Angeklagte 43 Jahre alt, hat schon an dem Aufstande im Jahre 1848 thätigen Antheil genommen. Er trat damals als Offizier bei den polnischen Wägen ein und kämpfte als solcher in den Gefechten bei Mioslaw und Sokołowo gegen die königl. Truppen. Nach dem letztgenannten Treffen meldete er sich in Folge der damals publicirten Amnestie beim Landrath des mähler Kreises, wurde verhaftet und nach Polen gebracht, bald darauf jedoch ohne Strafe entlassen.

Während des gegenwärtigen Aufstandes soll er als Agent des großpolnischen Comités thätig gewesen sein und sich namentlich mit der Einziehung von Geldern befähigt haben. Beweis hierfür soll die Art und Weise sein, in welcher er die sogenannte Nationalsteuer von dem Gutsbesitzer Wojciech Gluszkowski aus Golinno einzuziehen suchte. Derselbe erhielt zu dem Zwecke ein Schreiben, dessen Adresse, nach dem Gutachten der Schreibverständigen vom Angeklagten geschrieben sein soll und mit einem Siegel versehen gewesen, welches genau zu einem Pechstift paßt, das in der Wohnung des Angeklagten aufgefunden und von dessen Ehefrau gebraucht worden ist. Nach Ermittlung bei der Post soll einer der Diensten des Angekl. den Brief zur Post gebracht haben. Das Schreiben lautet in deutscher Uebersetzung:

„Wir fordern Sie hierdurch auf, den Pflichten, welche das Land von Ihnen fordert, zu genügen und sich nicht der Zahlung von Abgaben zu entziehen, deren Weigerung nicht erlaubt und nicht ehrenhaft ist. Im entgegengekehrten Falle wird mit Ihnen nach der Verfügung der Nationalregierung verfahren werden.“

Gegeben den 14. Juli 1863. (L. S.)

Statt der Unterschrift befindet sich unter diesem Texte das Siegel des großpolnischen Comités in Schwarzdruck.

Es wird hierbei ein Erkenntnis der Nationalregierung vom Dezember d. J. producirt, wodurch dieser Gluszkowski zu einer Geldstrafe von 300 Thalern und zur Zahlung von 30 Thalern monatlicher Alimonte an die Ehefrau des Angeklagten verurtheilt wird, weil er die Verhaftung des Angeklagten herbeigeführt habe. Der Angeklagte bestreitet, den Brief geschrieben und abgefordert zu haben, obwohl er zugiebt, daß das Pechstift derselben das seiner Ehefrau sei. Von dem Erkenntnis will er gar nichts wissen, da es während seiner Haft ergangen; er behauptet, daß dasselbe nur eine Mystifikation des sehr am Gelde hangenden Gluszkowski beabsichtigt habe. Das Erkenntnis trägt das Siegel der Nationalregierung. Den Grafen Dzialynski will der Angeklagte gar nicht kennen.

Es wird demnach der Postexpedient Lj. aus Kwieczyno vernommen, der erklärt, daß das bewußte Schreiben an Gluszkowski von einem Boten

aus Ranowo mit dem Postcontobuch des Angeklagten zur Post gegeben und von ihm selbst in das Contobuch eingetragen sei. Das Schreiben sei ihm wegen des schwarzgeränderten Couverts aufgefallen, weshalb er sich deshalb noch erinnere. Auf Befragen des R.-M. Holtzoff giebt der Zeuge zu, daß zur damaligen Zeit sehr viele Briefe mit schwarzgeränderten Couverts zur Post gegeben wurden, daß auch sein Gehilfe, so wie endlich, wenn das Bureau geschlossen, seine Ehefrau Briefe angenommen habe. (Der Gutsbesitzer Gluszkowski ist pr. Telegramm zum nächsten Montag vorgeladen worden.) Gutsbesitzer Franz v. Mirosławski auf Proszyca (Kreis Inowracław) 43 Jahre alt.

Am Abend des 9. Juni sammelte sich auf dem Gutshof zu Proszyca eine Schaar von 18 Jünglern. Sie kamen größtentheils aus Jnin, abgeordnet von dem dortigen Prospt. In Proszyca wurden sie verpflegt und nächtigten in einer Scheune. In der Nacht wurden sie auf zwei Wagen vom Gutshofe unter Führung eines nicht ermittelten Herrn und des Kochs in Proszyca zur Grenze befördert. Der Koch hatte auf die Wagen Patronen, Pulverbüchsen und Gewehre gelegt, welche in Papier gewickelt waren. Ein Wagen wurde aufgegriffen. Die Ehefrau des Angeklagten war von der Anwesenheit der Jüngler unterrichtet. Sie hat dem Neutnant von Siedhakus gestanden, daß sie in der gedachten Nacht Leute beherbergt hätte, welche die polnische Grenze hätten passieren wollen.

Der Angeklagte selbst war — augenscheinlich um den Verdict einer Vertheilung an dem Zuge und Waffentransporte von sich abzulenken — am Mittag des 9. Juni von Proszyca abgereist. Am 10. Juni wurde bei dem Angeklagten eine Hausdurchsuchung abgehalten. Man fand im Roggenfelde, in der Gegend einer Stelle, die deutlich zeigte, daß dort Personen gelagert hatten, 12 Gewehre in Bündeln mit Stroh umwickelt. Vom Fundorte der Gewehre her hatte der Wachtmeister Wolter die Ehefrau des Angeklagten mit dem Koch und Siedhakus kommen sehen. Endlich wurde ein Schriftstück vorgefunden, dessen Inhalt die Verbindung des Angeklagten mit den Organen der Agitationspartei bezeugt und die Unterschrift: „Der Oberbefehlshaber Ludwig Mirosławski“ trägt.

Der Angeklagte erklärt, daß er von der Ankunft der Jüngler keine Kenntniß gehabt habe, da er sonst nicht verreist wäre und seine Frau in Verlegenheit zurückgelassen hätte. Die Reise sei durch dringende Geschäfte bedingt gewesen, nicht aber unternommen worden, um den Verdict von sich abzulenken. Das Schriftstück mit der Unterschrift L. Mirosławski's kenne er nicht, es könne auch bei ihm nicht aufgefunden sein; den L. Mirosławski kenne er gar nicht. Ebenso wisse er nichts von der Ausfindung der Gewehre, da er verreist war. In der Beweisaufnahme, soweit sie heute stattfindet, betonen der Prem.-Neutnant v. Siedhakus und der Gendarmen-Wachtmeister Wolter über die Hausdurchsuchung; Wolter namentlich giebt an, daß er, als er auf dem Gute eintraf, einige Jüngler noch habe weglaufen sehen, die er, trotzdem er ihnen gefolgt sei, nicht mehr habe einholen können. Der Gendarm Materne giebt an, daß er das Fuhrwerk des Angekl., welches mit Personen und Waffen beladen war, abgehalten, die Waffen in Verhag genommen und die darauf befindlichen Leute verhaftet habe. Die übrigen noch vorgeladenen Zeugen sind nicht erschienen und sollen dieselben nochmals vorgeladen werden.

Es werden hierauf einige von der Staatsanwaltschaft gegen den Angeklagten v. Lubinski nachträglich vorgelegte Notizen verlesen, woran der Verteidiger, R.-M. Janedi, den Antrag auf Entlassung des Angeklagten knüpft. Der Ober-Staatsanwalt erklärt, daß er in die Entlassung willige. — Es tritt eine Pause von 10 Minuten ein. — Während derselben tritt der Gerichtshof in Beratung und beschließt die „vorläufige Freilassung des Angeklagten v. Lubinski mit der Verpflichtung, sich am 1. Nov. d. J. hier wieder einzufinden.“

Der folgende Angeklagte ist der Gutsbesitzer Michael v. Baruszewski aus Obudno, 30 Jahre alt. Außer den beiden Expeditionen, welche das großpolnische Comité in der Mitte August im nördlichen Theile des preuss. Reiches und in Storzengien im Kreise Gnesen vorbereitete, sammelte es zu derselben Zeit eine dritte Schaar bei Ostrow im Kreise Inowracław, welche von dort aus in Polen einbrechen sollte. Dieses Unternehmen soll auch gelungen sein, und der Angeklagte soll bei der Bildung dieses Zuges durch Beförderung von Leuten und Ausrüstungsgegenständen, sowie durch Anschaffung von Pferden sehr thätig gewesen sein.

Der Angekl. bestritt dies; er giebt zu, daß Leute zu ihm gekommen seien, welchen er Erfrischungen habe reichen lassen, auf ihr Ansuchen, und welche er auch eine Strecke weit zu Wagen habe transportieren lassen, ohne zu wissen, wohin, und welchen Zweck dieselben hatten. Pferde für den Aufstand habe er nicht angeschafft; er habe einen Pferdehandel mit einem jüdischen Manne abgeschlossen, ohne zu wissen, ob diese Pferde für den Aufstand bestimmt waren, oder nicht; für ihn sei es nur ein Geschäft gewesen. Der Ober-Staatsanwalt macht dem Gerichtshofe Mitteilung über neuere Ermittlungen gegen den Angekl. — namentlich größere Pferde Transporte betreffend — worüber noch Beweis erhoben werden muß. — Durch die hierauf vorgenommene Beweisaufnahme wird die Angabe des Angekl., daß er die betreffenden Pferde an einen Juden verkauft habe, insoweit bestätigt, als der Knecht des Angekl. Szulada angiebt, daß ein fremder Jude auf den Herrenhof gekommen sei und mit dem Herrn wegen des Pferdekaufs gesprochen habe. Dieser Jude habe ihm später erzählt, daß er die Pferde gekauft habe; gegeben habe er (Zeuge) dies jedoch nicht.

Der Nachrichter Zählke bezeugt, daß eines Morgens Früh Wagen auf dem Gutshofe beladen worden seien, womit wisse er nicht, doch habe es beim Aufladen wie Eisen geklickt. Darüber, daß die Pferde nach Polen gehen sollten, habe er nichts vernommen. Auch der Knecht Janedi bestätigt den Pferdeverkauf, wie der Angeklagte ihn angegeben; der Zeuge erklärt, daß er den Handel mitangehen, namentlich auch gesehen habe, daß der Jude dem Angeklagten Geld gezahlt habe. (Auch in dieser Sache werden noch Zeugen vorgeladen.)

Der Gutsbesitzer Valerian v. Sulerzycki auf Gortzagajne, 46 Jahre alt, ist ebenfalls beschuldigt, bei dem Aufstand durch Beförderung von Jünglern und durch Beschaffung von Waffen thätig gewesen zu sein. Es sollen im Laufe des Sommers fast täglich kleine Trupps von 3, 4, 5 und einmal sogar 12 Mann auf den Herrenhof gekommen sein, und fast alle hätten fremde Herren bekommen, die bei dem Angeklagten genächtigt hätten und am andern Morgen weiter transportirt seien.

Der Angeklagte bestritt dies; er erklärt, daß er nicht wisse, was ein Jüngler sei. Für ihn sei jeder Mensch, der zu ihm komme und anspieche, ein Bettler, ganz gleich, ob er gut oder schlecht gekleidet sei. Bettler seien nun Jahr aus Jahr ein gekommen, und sie hätten auch kleine Unterstüßungen erhalten. Herren seien zu ihm nicht gekommen, er habe, da er sehr trant war, nie Besuche empfangen. Dagegen habe sein Wirthschafter öfter Besuch von Nachbarn bekommen, die derselbe dann auch wohl bewirthet haben möge. Was die Beschaffung von Waffen anlangt, so sei er eines Tages aufgefordert worden, vom Spediteur Levy in Kalat drei Kisten in Empfang zu nehmen; er habe die Kisten holen lassen, weil er glaubte, daß dieselben wohl für ihn bestimmt seien, und vielleicht Wein oder Brannen enthalten. Die Kisten seien am andern Tage von seinem Wirthschafter nach Swiatkowo gebracht, der ihm erklärt habe, daß dieselben gar nicht für ihn bestimmt gewesen seien. Was darin war, wisse er nicht. Er habe nur einmal Kisten in Empfang genommen; ein zweitesmal habe sein Wirthschafter die Kisten ohne sein Wissen holen lassen, und dieselben, damit er (Angekl.) nichts davon erfahren sollte, vergraben.

Der Präsident macht den Angeklagten darauf aufmerksam, daß er früher eine ganz andere Aussage abgegeben habe, worauf der Angeklagte erwidert, daß dies lediglich gethan habe, um sich seinen Wirthschafter, der sich seit 13jähriger Dienstzeit sein Vertrauen erworben, und der als russischer Unterthan ausgewiesen werden sollte, zu erhalten. Der Wirthschafter ist dennoch ausgewiesen worden. Der hierauf vernommene Spediteur S. Levy aus Kalat giebt über den Vorgang in Betreff der Abholung der Kisten durch den Angeklagten eine sehr unklare Darstellung. Der Angeklagte soll bei ihm haben anfragen lassen, ob nicht Kisten für ihn angekommen seien, doch findet sich bei den Akten ein Schreiben des Zeugen, worin derselbe den Angeklagten auffordert, die für ihn angekommenen Kisten in Empfang nehmen zu lassen. Aufgeklärt wird die Sache nicht, und R.-M. Brachvogel bemerkt dazu, daß man von dem Zeugen die Wahrheit wohl nicht erfahren werde.

Das frühere Dienstmädchen des Angeklagten Kauz bekundet, daß Trupps von Leuten, wie die Anlage sie angiebt, häufig auf das Gut gekommen,

und auch fremde Herren, die dann bei dem Wirthschafter verblieben seien. Der Angeklagte habe mit den fremden Leuten nicht verkehrt, höchstens einmal die Ehefrau des Angeklagten und der Wirthschafter.

Der Voigt Hayinski und der Diensthof Tercynski haben die Kisten von Levy geholt und geben darüber Auskunft. Das erstemal habe der Angeklagte, das zweitemal dessen Wirthschafter den Befehl dazu gegeben. Die Ehefrau des Angekl. hätte gesagt, es wäre Wasser darin; die das zweitemal geholten Kisten seien auf Befehl des Wirthschafters vergraben worden. Was in den Kisten war, wissen die Zeugen nicht.

R.-M. Brachvogel beantragt nach Verlesung einiger Zeugenaussagen die Entlassung des Angeklagten; der Ober-Staatsanwalt widerspricht. Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück und lehnt den Antrag auf Entlassung des Angeklagten ab.

Schluß der Sitzung 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 9 Uhr.

Danzig, 12. Okt. [Vom Bord Sr. Majestät Corvette „Gazelle“] sind vom 9. Aug. d. J. datirte Briefe hier eingetroffen, woraus das „D. D.“ mittheilt, daß das Schiff von Hongkong bis Singapore 5 Wochen zugebracht hat, während sonst bei günstiger Witterung 10 Tage hinreichend sind. Während dieser Sturmperiode war sämtlicher Proviant verzehrt und der Kohlenvorrath erschöpft, so daß die Mannschaft größtentheils auf Reis angewiesen war und zur Unterhaltung des Feuers entbehrliche Requisiten verwendet werden mußten.

Hagen, 10. Okt. [Die „Hagener Zeitung“] bringt heute in ihrem Annoncenhefte folgendes auffälliges Inserat: Am Samstag Morgen zwischen 9 und 10 Uhr ist im Walde auf dem Wege von Döllmann im Hegte nach dem alten Hofe bei Grundschüttel mein 14jähriger Sohn Carl Kinder, der die „Hagener Zeitung“ im hiesigen Bezirke herumträgt, von zwei ihm unbekannten Menschen überfallen und seiner Tasche mit den Zeitungen — noch 45 Exemplare, — so wie seiner Mütze beraubt worden. Wer mir die Thäter so zur Anzeige bringt, daß sie gerichtlich verfolgt werden können, erhält eine Belohnung von 5 Thalern. Silfede, 9. Okt. Friedr. Kinder.

Deutschland.

Lübeck, 12. Okt. [Der Prinz von Wales. — Anschluß an den Zollverein.] Der Prinz von Wales, welcher auf seiner Anstiege nach England über Lübeck kommen sollte, scheint seine Reiseroute geändert zu haben; das heute Morgen von Elsenaur in Travemünde eingetroffene Dampfschiff „Osborne“ brachte nur den kleinen Sohn des prinziplichen Paares nebst Dienerschaft; die ganze Gesellschaft fuhr mit dem Travemünder Dampfer „Emil und Paul“ nach Lübeck, und von hier mit dem Mittagszuge ohne Aufenthalt weiter. Wie in Hamburg und Bremen schon seit längerer Zeit, so gewinnt auch hier endlich die Ueberzeugung, daß die Hansestädte dem Anschluß an den Zollverein auf die Länge nicht mehr entgegen können, immer mehr Boden, und um für Lübeck diese wichtige Angelegenheit in gründlicher Weise zu erörtern und vorzubereiten, ist hier jetzt ein Comité in Bildung begriffen, dessen Aufgabe es sein wird, den Boden für die später verfassungsmäßigen Verhandlungen zu lockern und zu bearbeiten. (H. N.)

Oesterreich.

Wien, 11. Okt. [Noch einmal der Aufenthalt der Kaiserin Eugenie in Deutschland.] Der „B. u. P.“ wird geschrieben: Sie werden mir erlauben, heute nochmals auf den Aufenthalt der Kaiserin der Franzosen in Deutschland zurückzukommen. Es mag ausfallen wie unpolitisch klingen, aber es ist sicher etwas ganz Anderes. Als Scribe sein „Glas Wasser“ schrie b. verarbeitete er einen Stoff, der sich zu allen Zeiten wiederholt. Was zur Sache. . . Es gab und giebt eine Partei am russischen Hofe, welche das innigste Verhältniß mit Frankreich wünscht und erstrebt: Herr von Bubberg, der Gesandte in Paris, dürfte zur Zeit ihr einflußreichstes Werkzeug sein. Als die Kaiserin Eugenie in Schwalbach war und der Kaiser Alexander von Friedrichshafen nach Berlin reiste, wurde von jener Seite die Frage angeregt, ob es nicht angemessen erscheine, daß er den Weg über Frankfurt nehme, und von dort aus in dem nahen Schwalbach einen Besuch abstatte. Der Kaiser war lange unschlüssig; endlich stellte er dem Fürsten Gortschakoff die Entscheidung anheim, und Fürst Gortschakoff — auch das ist ein nicht zu unterschätzendes Symptom, denn bisher war er die Seele der anti-französischen Partei — sprach sich für den Besuch aus. Jetzt aber galt es, einen weiteren Schritt zu thun. Die Kaiserin Eugenie beschloß die Uebersiedelung nach Baden-Baden, auf dem Wege dahin, in Darmstadt, wollte sie die Kaiserin von Rußland sehen und damit, in Baden-Baden oder in Arenenberg, den Gegenbesuch derselben erzwingen: was ich Ihnen seiner Zeit darüber schrieb, war bis in die kleinsten Details genau. — Indes ein einziger Umstand war nicht in Rechnung gezogen. Wie einst bei der in Stuttgart projectirten Begegnung weigerte sich die Kaiserin von Rußland auf das Allerentschiedenste, den ihr zugebachten Besuch zu empfangen. Herr v. Bubberg, von dem Grafen v. d. Goltz begleitet, eilte in Person aus Paris herbei, um eine Vermittelung zu versuchen; deshalb der Aufschub der Abreise aus Schwalbach von einem Tage zum anderen; aber alles vergebens. Endlich, als jede Aussicht geschwunden war, kam vom Kaiser Napoleon die telegraphische Weisung an seine Gemahlin, auf der Stelle und ohne Darmstadt zu berühren, nach Baden-Baden abzureisen, und schon am nächsten Morgen, während noch die Koffer gepackt wurden, reiste dieselbe wirklich in der demonstrativsten Weise ab, nicht bloß auf dem längeren Wege über Mainz und Ludwigshafen und mit einem Nacht-Aufenthalt in Mannheim, sondern mit Dirigirung des bisher in Wiesbaden gestandenen kaiserlichen Eisenbahnzuges über Darmstadt, wo in Erwartung der Kaiserin selbst das gesammte Bahnpersonal sich in größter Gala auf dem Bahnhofe eingefunden hatte. In Baden-Baden endlich legte sie das bisher festgehaltene Incognito ab und trat als Kaiserin der Franzosen auf. . . Nach solchen Vorfällen verstand es sich von selbst, daß der Kaiser Napoleon nicht mehr den Wunsch begen konnte, mit dem Kaiser Alexander zusammenzutreffen; seine Reise nach Baden-Baden wurde in demselben Augenblick aufgegeben, wo die Begegnung in Darmstadt definitiv gescheitert war. Wenn man nun aber weiß, daß der Kaiser Alles eher vorgeht, als die geringste persönliche Begegnung, und wenn man sich erinnert, daß der Kreim-Feldzug nie unternommen wäre, wenn nicht der Kaiser Nicolaus dem neuen Souverän beharrlich das „Mon frere“ overweigert hätte, so wird man sich, wenigstens für die nächste Zeit, auf eine sehr bestimmte anti-russische Richtung der französischen Politik gefaßt machen müssen. Sebastopol war die Revanche für die Nichtachtung, welche der Kaiser Nicolaus zur Schau getragen; Napoleon ist der Mann dazu, gelegentlich Revanche für die Abweisung zu nehmen, welche er jetzt schon zum zweitenmale von der Gemahlin des Kaisers Alexander hat erfahren müssen.

Aus Oesterreichisch-Schlesien. [Das breslauer Generalvicariat gegen die Presse.] Gegen den Redacteur unserer einzigen liberalen Provinzialzeitung „Silesia“, Buchhändler Wocharta in Teschen, war unlängst wegen eines in dem genannten

